Zur Lebensmittelversorgung.

N. Berlin, 12. Novbr. (Priv.-Tel., zens. Vin.) Der Großberliner Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei nahm nach einem Vortrag des Abg. Fischbeck folgende Resolution an:

„Die Absicht, Deutschland auszuhungern, wird scheitern an den hinreichend im Inlande vorhandenen Vorräten und an dem festen Willen des Volkes, seine Bedürfnisse diesen Vorräten entsprechend einzurichten und mit ihnen durchzuhalten. Der Parteitag erklärt sich mit Maßregeln einverstanden, die eine gerechte Verteilung der vorhandenen notwendigen Bedarfsgegenstände auf alle Bevölkerungskreise zum Ziele haben. Soweit auf einzelnen Gebieten notwendiger Bedürfnisse die Produktion im Inlande und die Zufuhr von außen eine Einschränkung erfahren hat, darf bei dem mangelnden Ausgleich von Angebot und Nachfrage die Preisbildung nicht der willkürlichen Gestaltung des Marktes überlassen und damit zum Mittel der Ausbeutung der Verbraucher gemacht werden. Die Preise für derartige Waren müssen durch allgemein gültige Verordnungen nach oben begrenzt werden, und zwar sowohl bei der Abgabe von Produzenten an den Handel, wie vom Handel an den Verbraucher. Dabei sind die gesteigerten Produktionskosten in gerechter Weise zu würdigen, in den Verhältnissen nicht begründete Zwischengewinne zu vermeiden, wie andererseits bei der Abmessung der Spanne zwischen Erzeuger und Kleinhandelspreis der vielfach schwierigen Lage des Handels, insbesondere des Kleinhandels, Rechnung zu tragen ist.

Unbeschadet der Kritik an Einzelheiten erachtet der Parteitag die auf verschiedenen Gebieten, so auf dem der Versorgung mit Kartoffeln, Fleisch, Butter und Milch ergangenen Beschlüsse des Bundesrats als geeignete Schritte im Sinne obiger Forderungen. Er erwartet, daß die

Reichsleitung auf dem beschrittenen Wege fortfahren und überall da eingreifen wird, wo es die Allgemeininteressen der Volksernährung fordern.“